

Lasst uns das Drogenproblem lösen

22. Juni 2016 — Von Sven Stockrahm

http://www.zeit.de/feature/drogenpolitik-drogengesetz-drogenhandel-jugendschutz-praevention?utm_content=zeitde_redpost_zon_link_sf&utm_campaign=ref&utm_source=facebook_zonaudev_int&utm_term=facebook_zonaudev_int&utm_medium=sm&wt_zmc=sm.int.zonaudev.facebook.ref.zeitde.redpost_zon.link.sf

Drogen zu verbieten, hat mehr Leben zerstört als der Konsum. Wer sie nimmt, sollte nicht mehr bestraft werden. Fünf Ideen für eine neue Drogenpolitik

1 — Die bisherige Drogenpolitik muss aufhören

Jeder lernt, dass illegale Drogen gefährlich und schädlich sind. Wer kokst, kifft, Pillen einwirft oder Pulver schnupft, wird süchtig und stürzt ab. Deshalb verfolgen die Behörden weltweit nicht nur jene, die Drogen anbauen, herstellen, damit handeln oder sie besitzen. Auch wer sie konsumiert, ist kriminell, wird bestraft und schlimmstenfalls eingesperrt. Wenn niemand mehr Drogen nimmt, geht es allen besser. So ist bisher die Idee.

Doch die härtesten Gesetze haben den Konsum nicht verringert. Heute nehmen geschätzt 300 Millionen Menschen weltweit illegale Stoffe zu sich. Die strikte Verbotspolitik hat kaum jemanden geschützt, sie hat sogar neue Schäden verursacht. In Lateinamerika und Südostasien sterben viele Menschen im Krieg zwischen Polizei, Militär und Drogenkartellen. Suchtkranke werden fast überall ausgegrenzt statt sinnvoll behandelt. Nicht nur in den USA sitzen harmlose Konsumenten in den Gefängnissen und werden als Straftäter und Süchtige stigmatisiert.

Die meisten Substanzen sollten erhältlich sein

Es muss sich etwas ändern. Eine kluge Drogenpolitik würde dafür sorgen, Schäden für die Gesundheit und die Allgemeinheit zu verringern. Internationale Abkommen und Gesetze müssen akzeptieren, dass Menschen ein Bedürfnis nach Rauscherfahrungen haben.

Es braucht einen neuen Ansatz, um Menschen zu schützen statt sie zu kriminalisieren. Eine Freigabe aller Drogen wäre keine Lösung, eine neue Art ihrer Kontrolle, und zwar nach wissenschaftlichen Kriterien, schon. Wie so eine Politik aussehen könnte? Zum Beispiel so:

2 — Die Grundsätze einer neuen Drogenpolitik

Der Staat reguliert, wer Drogen herstellt und verkauft

Wer Drogen herstellen oder anbauen will, braucht eine staatliche Erlaubnis. Es gibt Vorgaben über zulässige Inhaltsstoffe, ihre Dosierung und die Menge der Produktion. Die Details bestimmt ein vom Staat einberufenes Drogenkontrollgremium. Es besteht aus Wissenschaftlern, Medizinern, Präventions- und Suchtexperten. Jede Droge wird von ihnen nach Gefährlichkeit eingestuft. Nur die schädlichsten Stoffe, wie zum Beispiel Heroin, Crack oder Crystal Meth, dürfen weder erhältlich sein noch hergestellt werden.

Pflanzliche Drogen wie Hanf dürfen nur auf speziellen und gesicherten Anbauflächen wachsen, synthetische Drogen wie Amphetamine oder MDMA nur in dafür geprüften Laboren produziert werden.

Drogen für den Konsum gibt es nur in Fachgeschäften. Weder Apotheken noch Supermärkte oder Tankstellen dürfen psychoaktive Substanzen verkaufen. Dazu zählen nicht nur Cannabis oder Ecstasy, sondern auch Alkohol und Tabak. Was erhältlich ist, entscheidet ebenfalls das Drogenkontrollgremium.

Wer Drogen verkaufen will, braucht eine Lizenz und muss strenge Auflagen einhalten: Jugendschutz beachten, Kunden über Sucht, gesundheitliche Schäden sowie Risiken informieren und in Prävention und Aufklärung geschultes Personal einstellen und weiterbilden.

Grundsätzlich darf niemand unter 14 Jahren Drogen nehmen. Wer zwischen 15 und 16 Jahre alt ist, darf bestimmte Stoffe nur im Beisein eines Erwachsenen, vorzugsweise eines Erziehungsberechtigten konsumieren. Das gilt zum Beispiel für Bier, Wein oder Sekt in Gaststätten. Ähnliches ist für weniger schädliche Drogen wie Cannabis denkbar. Kaufen dürfen Jugendliche niedrigprozentigen Alkohol und kleinste Mengen Cannabis (circa ein Gramm) ab 16. Die meisten Drogen, dazu zählen auch Tabak und Spirituosen mit hohem Alkoholgehalt, sind erst ab 18 erhältlich.

Für jede Substanz gibt es eine Höchstmenge, die Erwachsene für den Eigenkonsum erwerben dürfen. Das Drogenkontrollgremium legt sie fest. Für Cannabis könnten das etwa maximal 20 Gramm sein, bei Ecstasy (MDMA) zehn Pillen. Dies hängt von der Konzentration der berauschenden Wirkstoffe in Drogen ab.

Drogen müssen von Produzenten und Verkäufern sicher gelagert werden, Anbauflächen müssen eingezäunt, Drogen im Geschäft gegen Diebstahl gesichert sein. Inhaltsstoffe müssen eindeutig ausgezeichnet sein und Drogen dürfen nur von zertifizierten Herstellern bezogen werden.

In Gaststätten, Bars oder Restaurants dürfen bislang erlaubte Drogen wie Alkohol und Tabak wie bisher kontrolliert verkauft werden. Spezielle Regelungen für Cannabis und andere, weniger schädliche Stoffe sind möglich.

Wer gegen Auflagen verstößt, Drogen an Kinder und Jugendliche verkauft oder Stoffe herstellt und mit solchen handelt, die nicht zum lizenzierten Verkauf freigegeben sind, wird bestraft. Je nach Schwere des Vergehens wird Bußgeld oder auch eine Haftstrafe verhängt.

Wer Drogen nimmt, macht sich nicht strafbar

Wer Drogen nimmt, gefährdet sich selbst und nicht automatisch andere. Konsumenten werden deshalb strafrechtlich nicht verfolgt, sofern sie Drogen, auch verbotene, nur für den Eigengebrauch nutzen und besitzen.

Wer in Abhängigkeit gerät, gesundheitliche Probleme bekommt, im Job oder Studium nicht mehr klarkommt, bekommt Hilfe – sei es durch Beratung oder Therapie. Dafür richtet der Staat neue Drogenberatungsstellen ein. Der regulierte Drogenverkauf könnte zudem besteuert werden, die Einnahmen dann wiederum der Präventionsarbeit zugute kommen.

Wer aber andere gefährdet, zum Beispiel weil er sich berauscht hinters Steuer setzt, wird bestraft, muss Bußgeld zahlen oder den Führerschein abgeben. Für jede Droge gibt es dazu Vorgaben, ähnlich wie bei der heutigen Promillegrenze für Alkohol.

Konsumenten schützen, Schäden verringern

Keine Droge ist ungefährlich. Konsumenten müssen deshalb darüber aufgeklärt werden, wie berauschende Stoffe ihnen am wenigsten schaden. Prävention und Aufklärung über Wirkungen von Drogen sind Teil des Schulunterrichts und ab etwa der 6. Klasse Pflicht im Lehrplan.

So wie heute die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Hinweise für ein risikoarmes Trinkverhalten gibt, braucht es solche Tipps für alle Drogen. Packungsbeilagen für verkäufliche Drogen müssen solche Hinweise für besonders gefährdete Personen wie Schwangere oder kranke Menschen enthalten.

Die Qualität und Reinheit von verkäuflichen Drogen wird bei der Herstellung und im Handel von den Behörden geprüft. Darüber hinaus kann jeder Ecstasy, Amphetamine oder Cannabis vor dem Konsum testen lassen, um nicht mit giftigen Chemikalien gestreckte Drogen zu nehmen. Prüfstellen, zum Beispiel in Clubs, untersuchen auch verbotene Drogen. Betrieben werden sie von geschultem Personal, das über Risiken aufklären und Hilfe bei problematischem Konsum anbieten kann.

Suchtkranke werden medizinisch behandelt, auch jene, die verbotene Substanzen nehmen. Sie sind Patienten, keine Straftäter. Heroinsüchtige und Menschen, die sich Drogen spritzen, sollten in eigens dafür eingerichteten Konsumräumen medizinisch betreut und mit sterilen Nadeln versorgt werden. Das verringert Gesundheitsschäden und ermöglicht den Ausstieg.

Kinder und Jugendliche haben Drogenverbot

Alle Drogen sind für Kinder und Jugendliche verboten. Ausgenommen ist der Konsum bestimmter Stoffe (zum Beispiel Getränke mit niedrigem Alkoholgehalt wie Bier oder kleine Mengen Cannabis) im Beisein von Erziehungsberechtigten oder Erwachsenen. Zum Schutz für junge Menschen und alle anderen darf für Drogen nicht geworben werden. Alkohol- und Tabakwerbung ist ebenfalls verboten.

Wer 16 ist, darf Bier, Wein und Sekt kaufen und geringe Mengen Cannabis. Ab 18 dürfen auch Ecstasy oder hochprozentiger Alkohol legal gekauft werden. Für den Konsum ist ein Drogenführerschein nötig. Ärzte und Drogenberatungsstellen können ihn an Personen ausgeben, die nachweisen können, dass sie wissen, welche Folgen Drogen haben und wie sie sich davor schützen können. Er muss beim Kauf und Konsum von Drogen vorgezeigt werden. Ausgegeben wird er zum Beispiel von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und in Zusammenarbeit mit Schulen, Beratungsstellen, Suchthilfeeinrichtungen oder auch Ärzten. Diese Stellen dürfen auch auf den Führerschein vorbereiten und können über Drogen informieren.

Kinder und Jugendliche, die gegen diese Regeln verstoßen und berauschende Stoffe konsumieren, die für sie nicht oder noch nicht erlaubt sind, werden nicht strafrechtlich verfolgt. Sie werden beraten, dürfen zum Beispiel erst später den Moped- und Auto-Führerschein machen und können zu Sozialarbeit verpflichtet werden. Wer trotz aller Vorbereitung gesundheitliche Probleme mit Drogen bekommt und es übertreibt, wird medizinisch versorgt und bekommt eine Therapie angeboten.

Forscher sollten weniger schädliche Drogen entwickeln

Viele Menschen wollen sich hin und wieder berauschen, um etwa Spaß zu haben oder sich besser konzentrieren zu können. Um sie zu schützen, sollten gezielt Stoffe entwickelt werden, die Rauschzustände ermöglichen, ohne dem Körper stark zu schaden oder Menschen in die Abhängigkeit zu führen.

Daher ist die Forschung an und mit psychoaktiven Substanzen erlaubt und wird auch staatlich gefördert. Das Ziel sind Schadensminderung, ein risikoarmer Konsum und auch medizinische Möglichkeiten.

Viele psychoaktive Substanzen können bei Erkrankungen helfen. Cannabis lindert als Arznei chronische Schmerzen, es gibt Hinweise, dass LSD Traumata lindern kann. Die positiven Wirkungen von Drogen sollten für die Entwicklung neuer Medikamente genutzt werden.

schließen

3 — Wo Länder anfangen, umzudenken

Einige der hier genannten Grundsätze werden schon ausprobiert. Einzelne Länder oder Bundesstaaten haben sich bereits gegen eine strikte Verbotspolitik entschieden. Mit Erfolgen.

Der US-Bundesstaat Colorado etwa ist ein Beispiel dafür, wie Cannabis über lizenzierten Anbau, Herstellung und über spezielle Geschäfte kontrolliert vertrieben werden kann. Ähnliche Regeln wären auch in Deutschland denkbar. Die Grünen haben dazu in diesem Jahr einen Entwurf für ein Cannabiskontrollgesetz veröffentlicht.

Wenn der Konsum aller Drogen entkriminalisiert wird, führt das nicht automatisch dazu, dass mehr Menschen zu berauschenden Stoffen greifen. Das zeigt sich am Beispiel Portugals, das diese Politik seit 15 Jahren erfolgreich verfolgt. Dort werden Suchtkranke beraten und medizinisch versorgt. Seither nehmen in dem Land weniger Menschen gefährliches Heroin als vorher.

Drogen, Global Drug Survey, Deutschland

Erfahren Sie hier mehr zu Drogen und ihren Folgen im Dossier "Wie gefährlich ist der Rausch?" © EyeEm

Deutschland und die Schweiz bieten schon heute Ersatzstofftherapien für Süchtige an. Diese Maßnahmen verringern Gesundheitsschäden und die Beschaffungskriminalität. Die Kriminalisierung von Suchtkranken hatte dazu geführt, dass sich Heroinabhängige überdurchschnittlich häufig mit dem Aids-Erreger HIV oder mit Hepatitis infizierten. In der Schweiz können Ärzte Abhängigen deshalb per Rezept bestimmte Dosen verschreiben.

Gesünder lebt, wer auf Drogen verzichtet. Die Realität ist aber eine andere

An psychoaktiven Substanzen für medizinische oder auch gesundheitsschützende Zwecke darf zum Beispiel in Neuseeland geforscht werden. Ein Gesetz erlaubt es sogar lizenzierten Produzenten, Substanzen als psychoaktive Genussmittel herzustellen. Diese dürfen verkauft werden, sofern ihre Gefahren gering und gut kontrollierbar sind.

Sven Stockrahm

Redakteur im Ressort Wissen, ZEIT ONLINE

ZEIT ONLINE arbeitet mit dem Global Drug Survey zusammen, der weltweit größten Drogenumfrage im Netz. Ziel ist es, über Risiken aufzuklären, unabhängig und unvoreingenommen.

Update: 2017 haben fast 36.000 Menschen ihre Drogenerfahrungen geteilt. Im Dossier "Wie gefährlich ist der Rausch?" können Sie sich zudem umfangreich über Drogen, ihre Folgen und wie Ihnen der Konsum zum Beispiel von Cannabis und Alkohol weniger schadet informieren.